

NACHBARN ODER NAKBA?

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN FREIBURG, 25. OKTOBER 2010

Zum Einstieg: Israel als jüdischer Staat

Zu Beginn möchte ich eine aktuelle Debatte aufgreifen, die nicht nur in Israel und den palästinensischen Gebieten tobt, sondern – wie so oft, wenn es um den so genannten Nahostkonflikt geht – auch in den deutschen Medien ihren Widerhall gefunden hat.

„Netanjahu knüpft Baustopp an harte Bedingung“, schlagzeilte *Spiegel Online* vor genau zwei Wochen, um sodann auszuführen, welche angeblich schmerzhaft Konzession der israelische Premierminister den Palästinensern abverlangt, wenn Israel im Gegenzug den Ausbau bestehender Siedlungen im Westjordanland einstellen soll:

„Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat als Vorleistung für einen neuen Baustopp im Westjordanland von den Palästinensern ein weitreichendes Zugeständnis verlangt. Die Palästinenserführung müsse zuerst Israel als jüdischen Staat anerkennen, bevor er bereit sei, sein Kabinett um eine Verlängerung des Moratoriums zu bitten. [...] Ein Sprecher von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas lehnte den Vorschlag ab. Das war nicht anders zu erwarten: Die Palästinenser haben eine öffentliche Anerkennung Israels als jüdischer Staat bislang stets abgelehnt, weil sie aus ihrer Sicht damit von vornherein das Recht auf die Rückkehr von 4,7 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aufgeben würden. [...] Für Israel geht es bei dem Streit auch darum, dass die Palästinenser nicht nur die reine Existenz Israels anerkennen, sondern auch das Recht Israels auf eine Existenz in der Region. Die Weigerung der Palästinenser, die Verbindung der Juden zu ihrem Land anzuerkennen, sei der Kern des Konflikts, sagte Netanjahu. [...] Der erst vor wenigen Wochen mit direkten Gesprächen wieder in Gang gekommene Nahost-Friedensprozess droht wegen der ungelösten Siedlungsfrage zu scheitern.“

Ein Paradebeispiel dafür, wie man sozusagen mit der Wahrheit lügen kann. In der Tat ist es für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) eine „harte Bedingung“, Israel anzuerkennen, noch dazu als explizit *jüdischen* Staat. Denn wie es bei *Spiegel Online* korrekt heißt, haben die politisch verantwortlichen Palästinenser das nie getan; sie begreifen die schiere Existenz Israels bis heute als „Nakba“, als große Katastrophe also. Nun sollte man

meinen, genau dies – also die Nichtanerkennung Israels – könnte ein ernsthaftes Hindernis, wo nicht sogar die Hürde schlechthin für Friedensverhandlungen sein. Wie soll man schließlich mit jemandem verhandeln, der einem nichts als den Untergang wünscht? Doch bevor man einem Benjamin Netanjahu Recht gibt, behauptet man lieber, der Friedensprozess drohe „wegen der ungelösten Siedlungsfrage zu scheitern“ – also an Israel. Exakt das ist die Position der palästinensischen Seite, die sich *Spiegel Online* (und längst nicht nur *Spiegel Online*) somit zu Eigen macht – und dabei auch noch die palästinensische Erzählung von den „4,7 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen“ vertritt, die ein „Recht auf Rückkehr“ hätten – nach Israel, wohlgemerkt, und nicht etwa in einen zukünftigen palästinensischen Staat.

Zum Thema „Flüchtlinge“

Lassen Sie mich kurz bei den israelischen Siedlungen im Westjordanland und der Flüchtlingsfrage bleiben – denn diese Punkte sind wesentlich, wenn man verstehen will, wie Israel in den palästinensischen Gebieten gesehen wird. Zunächst zu den Flüchtlingen, um die sich nicht nur die Palästinensische Autonomiebehörde, sondern auch die Uno so sehr sorgt, dass sie ihnen eine eigene Organisation gewidmet hat, nämlich die UNRWA (*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, zu Deutsch: Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten). Für *alle* übrigen Flüchtlinge weltweit ist der UNHCR zuständig, also der Hohe Flüchtlingskommissar. Der Hauptsitz der UNRWA befindet sich seit 1996 in Gaza; weitere Büros gibt es in Jordanien, Syrien, dem Libanon und dem Westjordanland, dort also, wo die Flüchtlinge ansässig sind. Insgesamt beschäftigt diese UN-Einrichtung fast 30.000 Mitarbeiter, die Mehrzahl davon sind Palästinenser.

Halbjährlich veröffentlicht das Hilfswerk statistisches Material, aus dem unter anderem hervorgeht, wie viele Palästinenser bei ihm insgesamt als Flüchtlinge registriert sind. Am 1. Januar 2010 waren es rund 4,8 Millionen, 1950 betrug die Zahl noch genau 914.221. In den letzten 60 Jahren wären demnach fast vier Millionen Flüchtlinge hinzugekommen. Das ist natürlich barer Unsinn; vielmehr handelt es sich bei diesen Menschen um die Kinder und Kindeskinde der Emigranten von 1948. Ich sage bewusst „Emigranten“ – denn längst nicht alle wurden aus Israel verjagt; etliche verließen beispielsweise deshalb das Land, weil sie von den arabischen Staaten dazu aufgefordert worden waren. Die arabischen Armeen wollten freie

Bahn für ihren Krieg gegen Israel haben und versprochen den Auswanderern eine triumphale Rückkehr im Anschluss an die Zerstörung des jüdischen Staates. Sie verloren den Krieg; seitdem leben die Palästinenser als Manövriermasse in so genannten Flüchtlingslagern – die jedoch mitnichten Wellblechhütten ohne Strom und fließendes Wasser sind, sondern ganz überwiegend völlig normale Wohneinheiten –, und keiner der betreffenden Staaten gewährt diesen Menschen die Staatsbürgerschaft. Übrigens gab es 1948 nicht nur arabische Flüchtlinge, sondern etwa genauso viele jüdische, die aus den arabischen Staaten, in denen sie lebten, vertrieben wurden. Sofern sie nach Israel flohen, erhielten sie dort die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten. Niemals hörte man von ihnen (oder von einer israelischen Regierung), sie hätten ein Recht auf Rückkehr; sie haben keine eigene UN-Institution, und sie waren auch nie das Faustpfand in Friedensverhandlungen.

Der Flüchtlingsstatus der Palästinenser vererbt sich also, und wenn die Palästinensische Autonomiebehörde auf dem „Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr“ beharrt, kann man sich einigermaßen vorstellen, wie hier mit der Demografie politische Tatsachen geschaffen werden sollen: Je mehr Nachkommen, desto mehr „Flüchtlinge“, die in den jüdischen Staat „zurückkehren“ sollen (in dem sie ja nie gelebt haben) – so lange, bis die Juden in Israel eine Minderheit sind und dadurch, wie vor 1948 weltweit, wieder auf das Gutdünken der Mehrheit angewiesen wären. Dass keine israelische Regierung dieses „Rückkehrrecht“ akzeptieren kann, schon gar nicht für fast fünf Millionen Menschen, versteht sich deshalb wohl von selbst. Vor diesem Hintergrund wird es auch begreiflicher, warum die israelische Regierung derzeit überlegt, Einwanderern einen Eid auf Israel als demokratischen und dezidiert *jüdischen* Staat abzuverlangen.

Zum Thema „Siedlungen“

Was nun das Thema Siedlungen betrifft, möchte ich – anders, als das normalerweise in den deutschen Medien der Fall ist – nicht bei der israelischen, sondern bei der palästinensischen Seite beginnen und von einem Vorfall berichten, der sich Ende April 2009 zutrug. Damals verurteilte ein von der Palästinensischen Autonomiebehörde eingesetztes dreiköpfiges „Militärgericht“ in Hebron den 59jährigen Palästinenser Anwar Breghit zum Tode. Außerdem beschloss es, das Vermögen und den Besitz des Angeklagten – dem keinerlei Möglichkeit zur Verteidigung gegeben wurde – zu beschlagnahmen. Breghit habe Land an Juden verkauft und

damit gegen ein Gesetz aus dem Jahr 1979 verstoßen, das genau dies verbiete, urteilte das Tribunal. Darüber hinaus habe er zwei weitere Anordnungen nicht befolgt: eine aus dem Jahr 1958, nach der Israel grundsätzlich zu boykottieren sei, und eine von 1953, die jeglichen Handel mit Israelis untersage. Damals, in den fünfziger Jahren, war die Westbank zwar noch von Jordanien besetzt, die PA hält die seinerzeitigen Verfügungen jedoch offenkundig weiterhin für verbindlich und orientiert sich auch sonst am Nachbarstaat, wenn sie es für opportun hält. 1997 beispielsweise kündigte sie an, ein jordanisches Gesetz aus dem Jahr 1973 zu übernehmen, nach dem der Verkauf von Land an den „Feind“ – wozu ausnahmslos alle Israelis gezählt wurden – als „Hochverrat“ zu betrachten und mit der Todesstrafe zu ahnden sei.

Ob dieses Gesetzesvorhaben offiziell umgesetzt wurde, ist unklar. Fest steht aber: Es gab in den vergangenen 30 Jahren eine ganze Reihe von Todesurteilen gegen Palästinenser, die Ländereien an Juden veräußert haben sollen. Wie viele dieser Urteile tatsächlich vollstreckt wurden, lässt sich nicht zuverlässig sagen. Übereinstimmend berichten jedoch so unterschiedliche Quellen wie die BBC, die israelische Tageszeitung *Jerusalem Post* und selbst die Israel wenig wohlgesonnene Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* von mehreren Fällen, in denen solche „Kollaborateure der Zionisten“ kurz nach dem jeweiligen Schuldspruch ermordet aufgefunden wurden.

Dem kurzen Prozess gegen Anwar Breghit vorausgegangen war eine Warnung des obersten islamischen Richters der PA, Scheich Tayseer Tamimi, der die Palästinenser an eine bestehende Fatwa erinnerte: Ihr zufolge sei es eine „sehr schwere Sünde“, Häuser und Grundstücke an Juden zu verkaufen oder zu vermieten. Dieser Erlass beziehe sich auch auf Immobilienmakler und Mittelsmänner. Anlass für den Mahnruf des Gottesdieners waren Berichte, nach denen jüdische Geschäftsleute aus den USA 20.000 Quadratmeter Land auf dem Ölberg in Jerusalem von Palästinensern erworben hatten. „Wer die Warnung ignoriert, wird gemäß der islamischen Lehre hart bestraft werden“, ließ Tamimi keinen Zweifel daran, dass die Konsequenzen tödlich sein können. Jerusalem sei schließlich die „geistliche und politische Hauptstadt der Palästinenser“, und „die Juden haben dort keinerlei Rechte“. Hatem Abdel Kader, ein Rechtsberater der im Westjordanland herrschenden Fatah, schloss sich dem Scheich an: Die Erneuerung der Fatwa sei „notwendig“, befand er, denn Jerusalem sehe sich einem „wildem Ansturm“ durch die israelische Regierung ausgesetzt, die die palästinensische Bevölkerung in der Stadt „von 27 auf 12 Prozent reduzieren“ wolle.

Nach allem, was man weiß, hat weder der alte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier während seiner Reisen in die Westbank noch sein Amtsnachfolger Guido Westerwelle, der im November 2009 zu Gast in Ramallah war, den palästinensischen Gesprächspartnern gegenüber auch nur ein einziges kritisches Wort zu diesen „Verkauft nicht an Juden“-Befehlen und ihren potenziell mörderischen Folgen geäußert. Viel zu sehr waren sie stattdessen damit beschäftigt, mantraartig zu wiederholen, das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten sei die israelische Siedlungspolitik. Diese Behauptung ist in nahezu allen politischen Lagern dermaßen selbstverständlich, dass sie keinerlei Begründung mehr zu bedürfen scheint. Folgt man ihr, dann müsste Israel nur seine Enklaven, Außenposten und Grenzdörfer abbauen und könnte fortan in trauter Harmonie mit seinen Nachbarn leben.

Dabei zeigt schon die jüngere Vergangenheit, dass diese Gleichung nicht aufgeht, schon gar nicht zwangsläufig. Vor zehn Jahren beispielsweise bot Ehud Barak während der Verhandlungen von Camp David an, zahlreiche Siedlungen zu räumen; zudem wollte er die nahe der „Grünen Linie“ liegenden Siedlungen – in denen die große Mehrheit der Siedler lebt – ins israelische Staatsgebiet eingliedern und diese Maßnahme durch einen territorialen Austausch mit den Palästinensern abgelten. Die palästinensische Seite unter Yassir Arafat lehnte dieses beispiellos weitgehende Angebot jedoch ab und blies stattdessen zur „Intifada“. Und als Ariel Sharon 2005 die israelischen Siedlungen im Gazastreifen auflösen ließ, bedankten sich die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen dafür mit einem Raketenhagel, der erst infolge der israelischen „Operation Cast Lead“ Ende 2008, Anfang 2009 allmählich zum Erliegen kam. Das heißt, Israel ist einem Dilemma ausgesetzt: Hält es die Siedlungen aufrecht, zieht es sich den Zorn der restlichen Welt zu; baut es Siedlungen ab – oder bietet es diesen Schritt auch nur an –, sehen nicht unerhebliche Teile der arabischen Welt darin ein Zeichen von Schwäche und eine Gelegenheit zur „Befreiung ganz Palästinas“ – von den Juden nämlich.

Dieser prinzipielle Unwille, Israel anzuerkennen, ist der Kern des arabisch-israelischen Konflikts – und eben nicht die Siedlungsfrage. Selbst wenn der jüdische Staat nur das Stadtgebiet von Tel Aviv umfassen würde, wäre er seinen Feinden noch zu groß. Denn deren Ziel ist nicht eine Zweistaaten-, sondern nach wie vor eine Kein-Staat-Israel-Lösung. Der israelische Historiker Yaacov Lozowick brachte dieses Problem in seinem Buch „Israels Existenzkampf“ auf den Punkt: Seit 1967 übe Israel die Herrschaft über einen großen Teil der

palästinensischen Bevölkerung aus, und sein Verhalten sei in vielerlei Hinsicht kritikwürdig, schrieb er. Und weiter: „Dennoch könnte nur ein Narr behaupten, dass sich die Palästinenser in der umgekehrten Situation mit den Maßnahmen, wie sie die Israelis getroffen haben, zufrieden geben würden.“ Wenn die Palästinenser jemals die Herrschaft über die Juden erlangten, werde Palästina, so Lozowick, „ebenso *judenrein* werden, wie es der größte Teil Europas heute ist: eine kleine Gemeinde hier und dort und Gespenster überall“. Israel habe früher lediglich die nationalen Ambitionen der Palästinenser blockiert, die Palästinenser hingegen bedrohten die nackte Existenz der Juden.

Ganz bewusst benutzte Lozowick hier ein Wort, das auch der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und sein Außenminister Avigdor Lieberman verwendet haben, als der deutsche Außenamtschef Steinmeier im Juli 2009 zu Gesprächen in Israel weilte und seine Gastgeber für den Siedlungsbau kritisierte: „judenrein“. Dieser Begriff wurde von deutschen Antisemiten Ende des 19. Jahrhunderts kreiert; später gebrauchten ihn die Nationalsozialisten – neben dem Terminus „judenfrei“ – als Euphemismus für die Massenvernichtung. Es mag auf den ersten Blick seltsam anmuten, dass er nun auch von einem israelischen Historiker und israelischen Ministern beansprucht wurde. Doch das geschah, um in aller Deutlichkeit auf die Konsequenz hinzuweisen, die sich aus der geradezu rituell wiederholten Forderung nach einem Stopp und Abbau der israelischen Siedlungen im Westjordanland ergibt. Jenseits der Grenzen Israels verschwendet nämlich kaum jemand einen Gedanken daran, was die Gründung eines palästinensischen Staates für die auf seinem Territorium lebenden Juden bedeuten würde. Von Israel wird selbstverständlich verlangt, ein multinationaler Staat zu sein, in dem Araber als gleichberechtigte Bürger ihren Platz haben. Fast niemand hingegen erhebt die nicht minder selbstverständliche Forderung, dass in einem zukünftigen Palästina auch Juden leben können müssen, wenn sie es wollen, und zwar nicht bloß als geduldete „Dhimmis“, also als Schutzbefohlene unter islamischer Herrschaft.

Im Gegenteil implizieren nahezu alle Appelle an die israelischen Regierungen, die Siedlungen zu räumen, dass Juden auf palästinensischem Boden prinzipiell nichts verloren haben. Denn die obligatorische völkerrechtliche Argumentation für einen Abzug der Siedler als angeblich unabdingbare Voraussetzung für die Gründung eines palästinensischen Staates geht praktisch nie mit der Versicherung einher, dass ein prospektives Palästina selbstredend eine jüdische Minderheit zu akzeptieren hat. Eine solche Klarstellung mag für überflüssig halten, wer sich auf die Begründung zurückzieht, die Siedlungstätigkeit sei Teil einer illegalen

Besatzungspraxis, was aber nicht bedeute, dass jüdisches Leben in einem souveränen palästinensischen Staat grundsätzlich unmöglich sei.

Doch dieser Standpunkt blendet aus, dass es sich beim Westjordanland genau genommen nicht um ein *besetztes*, sondern um ein *umstrittenes* Gebiet handelt. Schließlich wurde es 1948 von Jordanien völkerrechtswidrig annektiert und gelangte erst infolge des israelischen Verteidigungskrieges im Juni 1967 unter israelische Kontrolle. Noch im selben Jahr bot Israel Verhandlungen über die Abtretung der Gebiete an; die arabischen Staaten lehnten dies jedoch auf der Konferenz von Khartum mit dem berühmt gewordenen „dreifachen Nein“ ab: Nein zum Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels, nein zu Verhandlungen mit Israel. Es war dies die alte Position des berüchtigten Muftis von Jerusalem: Keinen Zentimeter des heiligen muslimischen Bodens für einen souveränen jüdischen Staat. Und am besten auch keinen Zentimeter für Juden überhaupt – ein Ziel, das die Hamas in ihrem Herrschaftsgebiet bereits erreicht hat: Der Gazastreifen ist seit 2005 praktisch „judenrein“.

Die auf dem Gebiet der Westbank lebende Bevölkerung hingegen besteht zu etwa 20 Prozent aus Juden, die fast alle in Siedlungen wohnen, vor allem in der Nähe der „Grünen Linie“. Diese Minderheit könnte nicht damit rechnen, in einem künftigen palästinensischen Staat auch nur annähernd die gleichen Rechte zu haben wie die Mehrheit. Umgekehrt geht es den in Israel lebenden Arabern, die ebenfalls einen Anteil von rund 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung stellen, deutlich besser. Und das gilt nicht zuletzt für ihre Möglichkeit, in Israel sesshaft zu bleiben. Zwar ist es für sie schwierig, an Haus- und Grundbesitz zu kommen – doch das geht den jüdischen Israelis nicht anders. Denn nur rund sieben Prozent der Liegenschaften sind Privateigentum, während 93 Prozent dem israelischen Staat gehören, der Land grundsätzlich nicht verkauft, sondern nur verpachtet, entweder für 49 oder für 98 Jahre.

Die Politik der Vergabe von Liegenschaften war in den letzten knapp zehn Jahren mehrmals Gegenstand von juristischen Streitigkeiten, weil sich die arabische Bevölkerung Israels benachteiligt fühlte. Daraufhin ordnete der Oberste Gerichtshof Israels im Jahr 2000 an, dass der Staat die Zuteilung von Land nicht von der Religion oder der Nationalität eines Bewerbers abhängig machen darf. Und der israelische Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz entschied im Januar 2005, arabischen Israelis dürften in Bezug auf die Vergabe und Verwaltung von Immobilien keine Nachteile erwachsen. Im Wesentlichen haben also Juden wie Araber in Israel gleich große Chancen auf die Pacht von Grund und Boden. Zudem werden auf kommunaler Ebene regelmäßig Wohnungsbauprojekte vorangetrieben, die arabischen Israelis

zugute kommen, wie etwa in Jerusalem: Dort plant die Stadt in ihrem Ostteil gerade 5.000 neue Wohneinheiten für sie. Umgekehrt scheint es nahezu undenkbar, dass ein zukünftiger palästinensischer Staat der jüdischen Minderheit in ähnlichem Maß entgegenkommen würde.

Allerdings gab es im vergangenen Jahr einen vermeintlichen Hoffnungsschimmer: Als das *Aspen Institute of Humanistic Studies*, ein amerikanischer Think-Tank, Anfang Juli 2009 ein „Festival der Ideen“ ausrichtete, lud es auch den palästinensischen Premierminister Salam Fayyad ein. Und der wartete mit einer Überraschung auf, als er sagte: „Wenn Juden in einem palästinensischen Staat leben wollen, warum sollten sie dort dann nicht so behandelt werden wie arabische Israelis in Israel?“ Man solle sie ihre Repräsentanten ins Parlament wählen lassen, ihnen Religions- und Redefreiheit gewähren und es „ihnen ermöglichen, nachts ohne die Sorge schlafen zu gehen, dass ihnen jemand die Tür eintritt und sie umbringt“. Ein halbes Jahr später nahm Fayyad an einer Demonstration teil, bei der Produkte verbrannt wurden, die in jüdischen Siedlungen im Westjordanland hergestellt und in palästinensischen Läden zum Verkauf angeboten worden waren. Faayad warf auch selbst Waren ins Feuer. Ein Widerspruch? Nicht für ihn, vermutlich. Denn seine Rede auf dem „Festival der Ideen“ hatte er vor einem amerikanischen Publikum auf Englisch gehalten, während die Demonstration in der Westbank stattfand. Spätestens seit Yassir Arafat dürfte bekannt sein, dass palästinensische Politiker auf Englisch gerne einmal das genaue Gegenteil davon erzählen, was sie auf Arabisch von sich geben.

Radikale Hamas, gemäßigte Fatah?

Meine bisherigen Ausführungen sollten schon eine Idee davon vermittelt haben, wie Israel von den politisch Verantwortlichen in den palästinensischen Gebieten gesehen wird. Den Schwerpunkt hatte ich dabei nicht ohne Grund auf das Westjordanland gelegt. Denn was die islamistische Hamas im Gazastreifen will, sollte hinlänglich bekannt sein: Ihr geht es nicht einmal *angeblich* um eine Zweistaatenlösung, sondern um eine Kein-Staat-Israel-Lösung – und das machen ihre Führer und Funktionäre bei jeder sich bietenden Gelegenheit deutlich. In westlichen Demokratien mögen Parteiprogramme im Wesentlichen Absichtserklärungen sein, Schriftstücke, in denen der Rahmen für eine bestimmte Politik vorgeben wird, vieles aber bewusst allgemein formuliert und interpretationsfähig ist. Die bis heute gültige Charta der Hamas aus dem Jahr 1988 hingegen ist mehr – und sie ist vor allem wörtlich zu nehmen. Das

Wesen und der Daseinszweck dieser Partei besteht einzig in der Vernichtung Israels und der Errichtung eines islamischen Gottesstaates, wobei Hamas-Funktionäre ohnehin nie von *Israel* sprechen, sondern bevorzugt vom „zionistischen Feind“ respektive „zionistischen Aggressor“. Drei Auszüge aus der Charta mögen deutlich machen, wie die Agenda dieser Truppe aussieht:

Artikel 6: Die Islamische Widerstandsbewegung [d.h. die Hamas] ist eine eigenständige palästinensische Bewegung, die dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird.

Artikel 7: Die Hamas ist eines der Glieder in der Kette des Djihad, die sich der zionistischen Invasion entgegenstellt. Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten, bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh, Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!

Artikel 32: In der Arena des Kampfes mit dem Weltzionismus betrachtet sich die Hamas als Speerspitze und Avantgarde. Es müssen jedoch noch mehr Schritte von den arabischen und islamischen Völkern und den islamischen Vereinigungen überall in der arabischen und islamischen Welt unternommen werden, um die nächste Runde im Kampf gegen die Juden, die Händler des Krieges, möglich zu machen.

Eine solche „nächste Runde im Kampf gegen die Juden“ hatte die Hamas beispielsweise 2005 eingeläutet, nachdem Israel sich aus dem Gazastreifen zurückgezogen hatte. Der Dank dafür war – ich sagte es bereits – ein jahrelanger Raketenhagel auf das israelische Kernland. Denn die Hamas verstand den Abzug als Zeichen von Schwäche und intensivierte ihre Zermürbungsstrategie. 2006 gewann sie die palästinensischen Wahlen, im Sommer 2007 lieferte sie sich extrem blutige und tödliche Auseinandersetzungen mit der Fatah. Seitdem herrscht sie im Gazastreifen unumschränkt, während in der Westbank die Fatah das alleinige Sagen hat.

Im Westen gilt die Fatah zumeist als „gemäßigt“, als „Partner für den Frieden“, den man nicht verprellen dürfe. Nur wenigen fällt auf, dass diese Partei und mit ihr die Palästinensische Autonomiebehörde in Verhandlungen noch nie eigenständige Kompromissvorschläge unterbreitet hat, sondern sich immer nur in Maximalforderungen und der Ablehnung israelischer Angebote ergeht, zur Not im allerletzten Moment. Aktuell ist das nicht anders: Keine Anerkennung Israels als jüdischer Staat, kein Verzicht auf das „Rückkehrrecht“ der

„Flüchtlinge“, Abbau aller israelischer Siedlungen im Westjordanland, so will es Mahmud Abbas. Er sagt nicht öffentlich, dass Israel aufhören soll zu existieren, aber seine Vorstellungen laufen genau darauf hinaus. Und eine Analyse, wie Israel in den von der Palästinensischen Autonomiebehörde verantworteten Medien und Schulbüchern sowie von Politikern der PA dargestellt wird, bekräftigt dies. Dazu nun einige Beispiele, die allesamt jüngeren Datums sind, um nicht uferlos zu werden.

Palästinensische Medien

- *PA-TV*, der Fernsehsender der Palästinensischen Autonomiebehörde, bringt immer wieder Sendungen, in denen Kindern eine Welt gezeigt wird, in der Israel nicht existiert und es *stattdessen* – also nicht *außerdem* – einen „Staat Palästina“ gibt. Im Mai 2010 etwa zeigte *PA-TV* im Studio eine Landkarte von Israel und den palästinensischen Gebieten; auf dieser Karte stand jedoch ausschließlich „Palästina“. Die Moderatorin fragte ein Mädchen und einen Jungen: „Zeigt mir auf der Karte von Palästina, wo ihr schon überall wart.“ Das Mädchen antwortete: „Wir waren am See Genezareth und am Toten Meer.“ Der Junge deutete mit dem Finger auf die Karte und erklärte: „Jaffa, Haifa... und Jenin und Nablus.“ Darauf die Moderatorin: „Ihr habt also viele verschiedene Orte in Palästina gesehen, das ist sehr gut. Es ist sehr gut, dass wir immer wieder neue Orte in unserem Staat Palästina besuchen.“
- Ebenfalls im Mai 2010 sah man bei *PA-TV* eine Landkarte von Israel und den palästinensischen Gebieten, die von einer palästinensischen Fahne bedeckt war. Der Sprecher sagte dazu: „Ich bin aus Jaffa, aus Haifa, aus Akko, aus Ein Kerem. Woher kommt ihr Israelis? Ihr kommt natürlich aus der Ukraine, aus Deutschland, aus Polen, aus Russland, aus Äthiopien. Warum habt ihr mein Heimatland gestohlen und meinen Platz eingenommen? Ich bitte euch: Geht zurück in eure Heimatländer, damit ich in meins zurückkehren kann. Denn das ist meine Heimat, geht zurück in eure!“
- Im selben Monat strahlte der Sender ein Quiz aus, in dem eine Frage lautete: „Welche der folgenden Städte ist eine palästinensische Küstenstadt?“ Die möglichen Antworten lauteten: a) Ramallah, b) Bethlehem, c) Haifa. Gemeint war Haifa, die einzige der genannten Städte, die an der Küste liegt.

-
- Die der Fatah nahe stehende Zeitung *Al-Hayat Al-Jadida* zitierte am 22. Mai 2010 ausführlich Scheich Muhammad Hussein, den von der PA ernannten Mufti von Jerusalem und Palästina: „Er [der Mufti] widmete seine gestrige Freitagspredigt in der Al-Aksa-Moschee der Nakba [also der israelischen Staatsgründung]. Der Mufti sagte: ‚Allah hat euch auserwählt, um in diesem heiligen Land dem *Ribat* nachzugehen. Die Nakba hat den Schmerz in unsere Seelen eingebrannt, doch wir haben den unbedingten Willen, entschlossen und stark zu sein, bis Allah die Angelegenheit entschieden hat.‘ Scheich Muhammad Hussein rief dazu auf, sich in diesem Land mit Entschlossenheit, Kraft, Geduld dem *Ribat* zu widmen, bis alle Pläne, die die palästinensische Existenz in diesem heiligen Land schädigen, gescheitert sind.“ Später unterstellte Scheich Hussein Israel darüber hinaus, die Al-Aksa-Moschee zerstören zu wollen, und bestritt jeglichen Bezug der Juden zur *Western Wall* (also der „Klagemauer“). Die Heiligtümer auf und rund um den Tempelberg seien ausschließlich islamische.
 - Einen Tag später veröffentlichte *Al-Hayat Al-Jadida* einen Cartoon, der einen Hai in der Form eines Davidsterns zeigt, der ganz „Palästina“ frisst. Solche und ähnliche antisemitischen Karikaturen finden sich nahezu täglich in der palästinensischen Presse; in aller Regel wird Israel (und werden die Israelis) dabei auf eine Art symbolisiert, die stark an die antisemitischen Karikaturen im nationalsozialistischen *Stürmer* erinnert: raffgierig, blutsaugend, dämonisch und alles beherrschend.

Politiker der Palästinensischen Autonomiebehörde

Auch Politiker der Palästinensischen Autonomiebehörde fallen immer wieder mit teilweise übelsten antijüdischen Äußerungen auf. Einige Beispiele, die sämtlich palästinensischen Medien entnommen sind:

- Abd Al-Jabbar Burqan, Leiter der Anti-Drogen-Behörde innerhalb der PA, behauptete am 24. Juni 2010, der Staat Israel verbreite Drogen und das Aids-Virus in den palästinensischen Gebieten; wörtlich sagte er: „Diese Plage ist ein politisches Problem, das von Israel genährt wird.“ Hier scheint das alte antijüdische Stereotyp vom Juden als Brunnenvergifter mehr als nur auf.

-
- Issa Karake, Minister in Gefangenensachen, warf Israel am 10. Juni 2010 vor, getöteten *Shahids* heimlich Organe zu entnehmen und an ihnen Untersuchungen durchzuführen. Er bediente damit das antisemitische Klischee vom jüdischen Ritualmord.
 - Scheich Tayseer Tamimi, oberster islamischer Richter der PA, sprach im Zusammenhang mit den Geschehnissen an Bord des „Free Gaza“-Schiffes *Mavi Marmara* am 31. Mai 2010 von „israelischem Staatsterrorismus“, wie man ihn bereits von den „Massakern am palästinensischen Volk“ kenne.
 - Nabil Shaath, bei der PA und der Fatah zuständig für internationale Beziehungen, sagte Anfang Juni 2010, die Verhandlungen mit Israel seien lediglich „taktischer Natur“ und „vorübergehend“. „Selbst der Widerstand“, so führte er weiter aus, „bedient sich gelegentlich defensiver Methoden, wenn es opportun ist“.
 - Salam Fayyad, palästinensischer Premierminister, besuchte im Juni ein „Sommercamp“ für Kinder von Selbstmordattentätern, das unter dem Motto „Palästina in den Augen der Märtyrer“ stand. Das Camp fand in einem Zentrum statt, das nach Abu Iyad benannt ist, einem Mitbegründer der Terrorgruppe *Schwarzer September*, die während der Olympischen Spiele 1972 in München elf israelische Sportler ermordete.

Palästinensische Schulbücher

Ebenfalls sehr aufschlussreich ist eine Analyse palästinensischer Schulbücher. In den letzten Jahren wurden mehrere Studien veröffentlicht, die deutlich machen, dass Schülerinnen und Schüler in den palästinensischen Gebieten nach wie vor systematisch zum Hass gegen Israel erzogen werden – auch nachdem die zuvor verwendeten ägyptischen und jordanischen Schulbücher durch von der Palästinensischen Autonomiebehörde herausgegebene ersetzt wurden. Das *Institute for Monitoring Peace and Cultural Tolerance in School Education (Impact-SE)* mit Sitz in Paris beispielsweise untersucht seit Jahren regelmäßig palästinensische Unterrichtsmaterialien und informiert die zuständigen Behörden über die Ergebnisse. Im Oktober 2009 resümierte *Impact-SE*, dass in palästinensischen Schulbüchern weiterhin

1. Juden im Allgemeinen und Israel im Besonderen delegitimiert werden, indem die historische und religiöse Präsenz der Juden in Palästina bestritten und das Existenzrecht Israels geleugnet wird;
2. Juden niemals als Individuen, sondern ausschließlich als Kollektiv gesehen und mit durchweg negativen Eigenschaften belegt werden;
3. Israel die alleinige Schuld am Nahostkonflikt gegeben wird;
4. der gewaltsame Kampf, das heißt: der Krieg gegen Israel als Ideal dargestellt wird und Friedensverhandlungen als schädlich für die palästinensische Sache verworfen werden.

Die Organisation *Palestinian Media Watch* (PMW) veröffentlichte bereits im Februar 2007 eine Untersuchung zu Schulbüchern für palästinensische Zwölfklässler; geprüft wurden dabei die Materialien für die Fächer Geografie, Geschichte, islamische Erziehung, Arabisch, Literatur und Mathematik. Die Funde sind erschreckend, wie ich an einigen Beispielen verdeutlichen möchte:

- In einem Lehrbuch für arabische Sprache, Analyse, Literatur und Kritik heißt es: „Der Krieg [von 1948] endete in einer Katastrophe, die in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die zionistischen Banden stahlen Palästina, sie vertrieben die Bewohner aus ihren Städten, ihren Dörfern, ihren Häusern und errichteten den Staat Israel.“
- Auf Landkarten findet man so gut wie nie den Staat Israel, sondern nur einen „Staat Palästina“; das Wort *Israel* wird nur selten benutzt, stattdessen ist die Rede vom „zionistischen Feind“, von der „zionistischen Entität“, von den „zionistischen Besatzern“, vom „Feind unseres Volkes“ oder von den „zionistischen Imperialisten“.
- In einem Schulbuch zur Geschichte der Araber und der Welt im 20. Jahrhundert wird der Terror der Hizbollah verharmlost: „Die israelischen Streitkräfte zogen sich unter dem Druck des libanesischen nationalen Widerstands im Jahr 2000 aus dem Libanon zurück, mit Ausnahme des Gebietes rund um die Shebaa-Farmen, die noch immer israelisch besetzt sind.“

Der bewaffnete Widerstand der Libanesen mit dem Ziel der Befreiung geht deshalb weiter.“

- In mehreren Geografie-Lehrbüchern wird behauptet, der „Staat Palästina“ habe Zugang sowohl zum Mittelmeer als auch zum Roten Meer. Möglich ist das nur, wenn man davon ausgeht, dass Israel nicht existiert, denn keines der palästinensischen Gebiete grenzt ans Rote Meer.
- In einem Arabisch-Lehrbuch wird den Schülerinnen und Schülern vermittelt, der Zionismus sei geschaffen worden, um die Araber zu vertreiben und zu vernichten: „Im Juli 1922 etablierte der Völkerbund das britische Mandat, mit dem den palästinensischen Einwohnern ihr Recht gestohlen wurde, die Angelegenheiten ihres Landes selbst zu regeln. [...] Von diesem Zeitpunkt an wurde die Einwanderung von Juden nach Palästina erleichtert. Die Bewohner wurden vertrieben oder vernichtet, denn Palästina sollte in einem jüdischen Staat verwandelt werden. Angesichts dieses imperialistischen Plans der Zionisten beschloss die Bevölkerung Palästinas, ihr Geld und ihr Leben dem Dihad zu widmen. Der Kampf gegen die Mandatsmacht und den Zionismus dauerte bis zur Nakba am 15. Mai 1948.“
- In Schulbüchern für das Fach Geschichte werden zwar der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg behandelt, doch nirgends ist die Rede vom Holocaust. Typisch sind Ausführungen wie diese: „In den 1930er Jahren setzten sich Rassentheorien durch, als die Nazi-Bewegung 1933 in Deutschland auftauchte und die Nationen in überlegene und minderwertige aufteilte. Sie behauptete die Überlegenheit der arischen Rasse, von der die Deutschen abstammten, und setzte rassistische Gesetze durch. [...] Diese Sondergesetze betrafen jene, die zu Fremden im eigenen Land gemacht wurden.“ Um wen es sich dabei handelte, wird nicht ausgeführt.

Umfragen in den palästinensischen Gebieten

Soweit zu den offiziellen und offiziösen palästinensischen Verlautbarungen in der Politik, den Medien und dem Bildungssystem. Wie aber steht es um das Israel-Bild in der

palästinensischen Bevölkerung – die sich, um es deutlich zu sagen, bei den Wahlen im Jahr 2006 mehrheitlich dafür entschieden hatte, die Hamas zu wählen und deren Krieg gegen Israel somit zu mandatieren? Es ist nicht leicht, ein Stimmungsbild zu zeichnen, denn Erhebungen und Umfragen sowohl im Westjordanland als auch und vor allem im Gazastreifen stehen allerlei Hindernisse im Weg – insbesondere deshalb, weil weder die Hamas noch die Fatah ein Interesse daran haben, unabhängige Befragungen zuzulassen. Doch im September 2009 gelang es der Forschungsgesellschaft *Greenberg Research*, die in Washington D.C., London und Buenos Aires ansässig ist, arabische Analytiker in der Westbank und im Gazastreifen eine repräsentative Umfrage in arabischer Sprache durchführen zu lassen. Der Fehlerquotient lag dabei bei rund sechs Prozent. Die wichtigsten Ergebnisse möchte ich kurz zusammenfassen:

- Wenn heute in den palästinensischen Gebieten Wahlen wären, würde die Fatah den Umfrageergebnissen zufolge auf 39 Prozentpunkte kommen, zehn Prozent mehr als die Hamas, die 29 Prozentpunkte erreichen würde. In der Westbank führt die Fatah sogar mit 45 Prozent. Hier kommt die Hamas nur auf 28 Prozent. Im Gazastreifen liegt sie fast gleichauf mit der Fatah (30 Prozent Hamas, 33 Prozent Fatah).
- Die Palästinenser sind mit der Hamas nicht mehr ganz so glücklich. Das gilt vor allem für den Gazastreifen, wo 58 Prozent sagen, dass sie unzufrieden mit der Hamas sind, davon sind 43 Prozent sogar „sehr dagegen“. Mahmud Abbas genießt ein größeres Vertrauen als die Hamas. Dies gilt nicht allein für das Westjordanland (71 zu 37 Prozent), sondern auch für den Gazastreifen (48 zu 38 Prozent).
- Der Stimmenverlust der Hamas wurde durch die Krise im Gazastreifen beschleunigt, die von den Palästinensern als Katastrophe empfunden wird. Araber, die zu dieser Krise befragt wurden, erklären die Hamas für mitverantwortlich. Auf die Frage, wer eine größere Schuld an der gegenwärtigen Krise im Gazastreifen trage – Israel, die Hamas oder beide –, antwortete die Hälfte der Öffentlichkeit in den palästinensischen Gebieten (einschließlich des Gazastreifens) mit „beide“ oder „nur die Hamas“.
- Ein wesentlicher Grund für die geschwächte Position der Hamas ist deren Reaktion auf den Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005. Eine Mehrheit der Palästinenser im Gazastreifen (51 Prozent) und in der West Bank (57 Prozent) ist dafür, dass der Beschuss Israels mit Raketen eingestellt wird.

- Zwei Drittel der Bewohner des Gazastreifens sind der Ansicht, dass die Freilassung des im Sommer 2006 entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit durch die Hamas von Bedeutung ist.

Es gibt also durchaus eine gewisse Diskrepanz zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung, insbesondere im Gazastreifen. Ob die relative Unzufriedenheit der Bewohner des Gazastreifens mit der Hamas sich irgendwann in einer Erhebung entladen wird, vermag ich nicht einzuschätzen.

Fazit

Lassen Sie mich also zusammenfassen: Von offizieller palästinensischer Seite wird Israel nach wie vor als Feind betrachtet, und am Ziel – der „Befreiung ganz Palästinas“ – wird nicht gerüttelt, schon gar nicht von Seiten der Hamas. Die Strategie der Palästinensischen Autonomiebehörde, die von der Fatah bestimmt wird, besteht derweil aus unterschiedlichen Bestandteilen. Über Maximalforderungen in Verhandlungen – insbesondere die nach dem „Rückkehrrecht“ für alle „Flüchtlinge“ – und Verweigerungen torpediert sie weiterhin jeglichen denkbaren Kompromiss. In Stellungnahmen, ihren Medien und Lehrbüchern hält sie weiterhin am „Widerstand“ gegenüber dem jüdischen Staat fest, den sie als solchen nicht anerkennt. Auf der Ebene der Wirtschaft hingegen gedeiht zunehmend so etwas wie eine Kooperation mit Israel: Im Westjordanland gibt es inzwischen ein Wirtschaftswachstum zwischen sieben und elf Prozent; die israelische Regierung hat Barrieren beseitigt und folgt konsequent ihrem Ziel, den Wohlstand in der Westbank nach Kräften zu fördern. Womöglich liegt hier einer der Schlüssel zu einer Koexistenz, denn die im Westjordanland lebenden Palästinenser bekommen durchaus mit, dass es ihnen insgesamt deutlich besser geht als den Bewohnern des Gazastreifens. Ob sich diese Entwicklung irgendwann auch auf die Ebene der Politik ausdehnen wird, ob Israel also mit einer offiziellen Anerkennung rechnen kann, die auch von Dauer ist, muss hier und heute offen bleiben.